

malen für die gegenwärtige „Kirchenverfolgung“ an erster Stelle die „Verflechtung, Folterung und Ermordung von zahlreichen Katechisten, Verkündern des Wortes und anderer Christen“, im weiteren die Priester- und Bischöfe, Priester und Pastoralarbeiter sowie die „entwürdigende Verleumdungskampagne . . . , die zum Ziele hat, ein Klima des Mißtrauens zwischen Gläubigen und ihren Seelsorgern heraufzubeschwören“. Charakteristisch für den Tenor des Hirtenschreibens ist, daß die ermordeten Priester als „Märtyrer Christi“ bezeichnet werden, „die ihr Leben für das Evange-

lium hergaben“. Die Auftraggeber wie die Mörder der Priester werden ausdrücklich exkommuniziert; „desgleichen können sich jene Personen nicht als Katholiken betrachten, die Haß und Zerstörungskampagnen fördern, unterstützen oder finanzieren“. Mit Nachdruck warnen die Bischöfe vor dem Irrtum, die Verfolgung der Kirche diene der Unversehrtheit des wahren Glaubens und helfe, die Gefahr des Kommunismus zu bannen.

Nach der Veröffentlichung dieses Hirtenbriefes wurden Morddrohungen gegen die Bischöfe *Gerardo Flores Reyes* von Verapaz und *Mario Rios Montt* von Esquintla bekannt. Bischof

Rios hatte die Festnahme und Entführung von 17 Gewerkschaftsführern am 24. August öffentlich verurteilt. Bischof Gerardi entkam am 19. Juli einem Attentatsversuch. Vom 29. Juni bis 2. Juli veranstalteten die Ordensleute Guatemalas ihren zweiten Nationalkongreß; das vom Plenum verabschiedete Dokument „Herausforderungen und Antworten“ beklagt unter anderem den Mangel an prophetischen geistlichen Führern: „Wir brauchen jemanden, der den Schrei des Volkes hört und zu seiner Verteidigung antritt . . . Wie schmerzlich empfindet unsere Kirche, daß sie keinen Bischof Romero hat.“ G.B.

Entwicklungen

Kirchenbindung und politisches Bewußtsein

Zusammenhänge zwischen Konfessionalität und Politikverständnis

Empirische Politikforschung, insbesondere die sozialwissenschaftlich ausgerichtete Wahlforschung, ist in der Bundesrepublik Deutschland verhältnismäßig jungen Datums. Soweit sie dabei systematisch Umfrageergebnisse benutzt, ist ihr Beginn – von einigen verstreuten, heute kaum noch bekannten Publikationen aus den fünfziger Jahren abgesehen – erst mit der sogenannten Kölner Wahlstudie aus dem Jahre 1961 anzusetzen. Seither läßt sich, neben manchen anderen relativ konstanten Zusammenhängen zwischen Parteipräferenz und bestimmten sozialen Merkmalen der Wähler, die Beobachtung machen, daß Protestanten deutlich häufiger als Katholiken die SPD bevorzugen.

Der Kirchengang als politischer Indikator

Aber, und das ist im Trendvergleich die wesentliche Beobachtung, dieser Unterschied im Wahlverhalten von Protestanten und Katholiken wird stetig, wenn auch langsam immer geringer. Bei der Umfrage der Kölner Wahlstudie bekundeten 1961 noch rund 50 Prozent der Protestanten eine Wahlabsicht zugunsten der SPD. Bei den Katholiken waren es 24 Prozent. (Prozentuierung unter Ausschluß der Antwortverweigerer und der Stimmen für andere als die drei Bundestagsparteien.) Es bestand also eine Differenz von 26 Prozentpunkten. 1965 betrug diese Differenz nur noch

24 Prozentpunkte, 1972 noch 20 und 1980, einer Anfang dieses Jahres vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführten Untersuchung zufolge, gar nur noch 18 Prozentpunkte. Ohne an dieser Stelle bereits zu fragen, welche „metaphysischen“ Begründungen für die Parteipräferenzen von Protestanten und Katholiken herangezogen werden können, müssen zwei weitere Ergebnisse angefügt werden: Das erste besteht darin, daß sich *ganz erhebliche Unterschiede im Wahlverhalten* aufzeigen, wenn man die Befragten nach ihrer Kirchengangshäufigkeit untergliedert: Je regelmäßiger der Kirchenbesuch ist, desto deutlicher fällt die Präferenz für die Unionsparteien aus. Das gilt nicht nur für Katholiken, bei denen man dies auch am ehesten erwarten würde, sondern ebenso für Protestanten, wenn auch bei ihnen in vergleichsweise schwächerem Maße. Die *Kirchengangshäufigkeit* ist hier als Indikator für die Einbindung des Individuums in ein Netzwerk der sozialen Vermittlung von Werten und Normen, sehr global auch: von Weltanschauung, zu begreifen, die auf den ersten Blick gar nichts mit Politik zu tun haben mögen, die gleichwohl aber für die Entwicklung politischer Einstellungen und Verhaltensweisen Relevanz besitzen.

Das zweite Ergebnis einer Langzeitbeobachtung anhand von Umfragen in diesem Zusammenhang ist, daß die Kirchengangshäufigkeit in den letzten 25 bis 30 Jahren zu-

rückgegangen ist. Allerdings könnte eine exakte Bezifferung des Ausgangs- und gegenwärtigen Endpunktes dieses Trends irreführend sein. Dies hat mehrere Gründe: Was regelmäßiger, d. h. der Norm entsprechender Kirchgänger ist, wird für den Katholiken insofern klar sein, als seine Kirche mit dem Mindestgebot des sonntäglichen Gottesdienstbesuchs eine dezidierte Forderung an ihn stellt. Für den Protestanten gibt es eine solche Norm nicht. Allenfalls läßt sich eine Norm empirisch feststellen, wenn eine gewisse Mindesthäufigkeit – etwa „mehrmals im Jahr“, d. h. an den hohen Feiertagen – von einer relativen Mehrheit erfüllt wird. Klar und eindeutig und für beide Konfessionen vergleichbar wäre nur die Aussage „Nie“, wozu auf Seiten der Katholiken vielleicht auch noch „Seltener als einmal im Jahr“ gezählt werden kann. (Denn was besagt es schon, wenn Gottesdienstbesuche zufällig sind oder – etwa anlässlich einer Beerdigung – gesellschaftlich „notwendig“ werden?) Abgesehen davon also, daß die Frage, welche Bedeutung Kirchgangsfrequenzen als Indikatoren für Kirchenbindung haben, beim interkonfessionellen Vergleich auf Probleme stößt, schwankt die Häufigkeitsverteilung solcher Frequenzen von Untersuchung zu Untersuchung. Hierfür scheinen, selbst bei Repräsentativumfragen, Zufälligkeiten in der Stichprobenziehung verantwortlich zu sein, insbesondere etwa der Anteil der Befragten aus stark urbanisierten Gebieten an der Gesamtstichprobe. Die relative Anonymität der Sozialbeziehungen in Großstädten, in städtischen Agglomerationen überhaupt, ist der Entwicklung der individuellen Einbindung in ein dauerhaftes Sozialgefüge, zu dessen Kultur nicht zuletzt auch konfessionelle Verhaltensweisen gehören, bekanntermaßen nicht gerade förderlich. *Säkularisationstendenzen* lassen sich also anhand von Umfragen nur über eine sehr lange Zeitreihe zuverlässig erkennen. Als grober Schätzwert für 1980 kann jedoch festgehalten werden, daß von den bundesdeutschen Katholiken sich allenfalls noch 35 Prozent als regelmäßige, d. h. mindestens allsonntägliche Kirchgänger bezeichnen würden. Rund 20 Prozent gehen seltener als einmal im Jahr oder nie mehr zur Kirche.

Eindeutig und zweifelsfrei ist aber, daß die Kirchgangshäufigkeit mit jeder nachwachsenden Generation abnimmt und auch die religiöse Sozialisation im Elternhaus nachläßt: Je jünger die Befragten, desto seltener geben sie die Auskunft, ein sehr religiöses Elternhaus gehabt zu haben. (Vgl. hierzu beispielsweise: *Gerhard Schmidtchen*, Was den Deutschen heilig ist, München 1979, S. 27 ff.) Die Auflösung der Kirchenbindung und damit der Endpunkt der individuellen Säkularisation liegt dann vor, wenn überhaupt keine Konfessionszugehörigkeit mehr angegeben wird. 5,3 Prozent der im Januar/Februar 1980 befragten wahlberechtigten Bürger antworteten, keiner Konfession oder Glaubensgemeinschaft mehr anzugehören. In den jüngsten Altersgruppen zwischen 18 und 29 Jahren betrug dieser Anteil sogar um 10 Prozent.

Diese wenigen Informationen erscheinen notwendig und grundlegend für das Verständnis gewisser Einstellungsmuster in bezug auf Politik und Staat, von denen im fol-

genden die Rede ist. Wenn man sich außerdem vergegenwärtigt, daß mit der religiösen Erziehung Werte und Normen sozialisiert werden, die ein Mensch (in der Regel) sein Leben lang nicht ablegt, so kann man vom langsamen Wandel in der Kirchenbindung über die Korrelation von Religiosität und politischer Grundhaltung auch auf politische Trends schließen. Allerdings ist damit noch nichts über Ursache und Wirkung ausgesagt und schon gar nichts über mögliche Grenzen des Wandels.

Konfessionelle Veränderungen bedingen politische Trends

Politische Grundhaltungen werden häufig mit Batterien von „Statements“ untersucht, zu denen die Befragten je nach eigener Meinung ihre Zustimmung oder Ablehnung bekanntgeben können, und zwar anhand einer Skala zwischen +3 und -3. Die Berechnung von arithmetischen Mittelwerten aus solchen Skalierungen erspart dann einen unübersehbaren Wust an Einzeltabellen und gestattet den bequemen Vergleich von Gruppen, so wie dies in unserer Tabelle (siehe S. 495) durchgeführt ist.

Eine dieser Testaussagen lautet: „Politik ist so kompliziert geworden, daß man als Bürger oft gar nicht richtig versteht, worum es geht.“ Die Zustimmung zu dieser Aussage verrät einen gewissen Mangel an Politikverständnis, an Einsicht in politische Vorgänge und Zusammenhänge. In Deutschland ist eine Zustimmung zu dieser Testaussage häufiger anzutreffen als ihre Ablehnung (siehe Statement A in der Tabelle). Zwischen beiden Konfessionen bestehen kaum irgendwelche Unterschiede, wohl aber bei Untergliederung nach der Kirchgangshäufigkeit: Je geringer die Kirchenbindung ist, desto häufiger glaubt man, Politik zu verstehen. Katholiken sind hier noch konsequenter als Protestanten, und am eindeutigsten sind hierbei die Konfessionslosen.

Neben dem Stellenwert von Politik und Staat im „geistigen System“ des Bürgers, worauf abschließend noch einzugehen sein wird, hat Politikverständnis auch etwas mit dem Bildungsniveau zu tun: Je höher das Bildungsniveau der Befragten ist, desto häufiger wird die Aussage abgelehnt, Politik sei zu kompliziert geworden. Gleichzeitig ist aber auch festzustellen, daß mit steigendem Bildungsniveau die Kirchgangshäufigkeit abnimmt. Das weitaus höchste durchschnittliche Bildungsniveau haben die Konfessionslosen. Während in der Gesamtstichprobe 8 Prozent der Befragten Abitur oder einen vergleichbaren Abschluß aufwiesen und weitere 4,5 Prozent ein Hochschulstudium, lagen die entsprechenden Anteile bei den Befragten ohne Konfession bei 16 bzw. 11 Prozent. (Inwieweit dies seinerseits wieder mit der fortschreitenden Urbanisierung als einem der Säkularisierungsfaktoren zusammenhängt, braucht hier nicht weiter erörtert zu werden.)

Mangelndes Politikverständnis kann eine gewisse Hilflosigkeit ausdrücken, die unter Umständen in völlige politische Apathie umschlägt. Dies ist in der Regel allerdings nicht der Fall. Daß man nämlich genug mit seinen persön-

lichen Angelegenheiten zu tun habe und um die Politik sich andere kümmern sollten, wird überwiegend abgelehnt (siehe Statement B in der Tabelle). Es handelt sich hierbei um eine staatsbürgerliche Grundhaltung, nicht unbedingt auch um eine Aussage über tatsächliche politische Aktivitäten irgendwelcher Art. Jedenfalls läßt sich feststellen, daß Katholiken wieder um so eindeutiger antworten, je seltener sie zur Kirche gehen. Die deutlichste Ablehnung dieses Statements ist bei den Konfessionslosen zu finden.

Die Konfessionslosen glauben am meisten an politischen Einfluß

Mit Politikverständnis und zumindest der Bereitschaft, sich als Nachrichtenleser um Politik zu kümmern, steht in einem gewissen Zusammenhang, ob man auch glaubt, als Individuum auf die Regierung einen Einfluß ausüben zu können (siehe Statement C). Dieses *Vertrauen in die eigenen politischen Einflußmöglichkeiten* ist im Vergleich

GRUNDHALTUNGEN GEGENÜBER POLITIK UND STAAT, GEGLIEDERT NACH KONFESSION UND KIRCHGANGSHÄUFIGKEIT

Statement	Gesamtbevölkerung	Protestanten			Katholiken			Keine Konfession
		häufig	selten	nie	häufig	selten	nie	
A Politik ist so kompliziert geworden, daß man als Bürger oft gar nicht richtig versteht, worum es geht.	+0,43	+0,58	+0,43	+0,32	+0,67	+0,41	+0,41	-0,36
B Leute wie ich haben genug mit ihren persönlichen Angelegenheiten zu tun; um die Politik sollen sich andere kümmern.	-0,43	-0,15	-0,54	-0,59	-0,09	-0,31	-0,64	-1,09
C Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluß darauf, was die Regierung tut.	-0,10	+0,12	-0,17	-0,12	+0,16	-0,11	-0,32	-0,64
D Wenn die Bürger sich stärker politisch beteiligen, nehmen die Politiker auch mehr Rücksicht auf die Meinung der Bevölkerung.	+0,84	+0,93	+0,92	+0,89	+0,91	+0,63	+0,79	+1,01
E Es genügt, wenn man regelmäßig zur Wahl geht; mehr braucht man eigentlich in einer Demokratie nicht zu tun.	-0,61	-0,37	-0,75	-0,83	-0,24	-0,26	-0,89	-1,45
F Heutzutage hat es eigentlich gar keinen Sinn mehr, sich an politischen Wahlen zu beteiligen.	-1,12	-1,01	-1,18	-1,17	-1,20	-0,96	-1,24	-1,53
G Leute, die sich an einer Bürgerinitiative beteiligen, haben doch nur Interesse daran, sich selbst in den Vordergrund zu schieben.	-0,44	-0,22	-0,57	-0,73	+0,05	-0,09	-1,04	-1,20
H Nur wenn man sich an einer Bürgerinitiative beteiligt, kann man heutzutage dringende politische Probleme lösen.	-0,47	-0,34	-0,68	-0,27	-0,64	-0,57	-0,36	-0,39
I Alles in allem kann man darauf vertrauen, daß der Staat das Richtige für die Bürger tut.	+0,10	+0,43	+0,09	-0,24	+0,42	+0,32	-0,16	-0,35
J Politiker verfügen im allgemeinen über soviel Erfahrung, daß sie bei ihren Entscheidungen selten Fehler machen.	-0,47	-0,10	-0,61	-0,62	-0,26	-0,39	-0,46	-1,19
K Die Politiker sind alle gleich; sie wirtschaften doch nur in ihre eigene Tasche.	-0,57	-0,42	-0,62	-0,65	-0,60	-0,58	-0,80	-0,72
L Der Staat gibt zu oft den Forderungen der großen Organisationen und Institutionen nach und vernachlässigt dabei die Interessen der Allgemeinheit.	+0,59	+0,61	+0,55	+0,74	+0,66	+0,65	+0,36	+0,50
M Der Staat fordert immer mehr Steuern, ohne daß die staatlichen Leistungen für den Bürger besser werden.	+0,44	+0,57	+0,35	+0,28	+0,60	+0,61	+0,27	+0,08

Die Berechnung der arithmetischen Mittelwerte erfolgte aufgrund der Skalierungen zwischen -3 (Ablehnung des Statements) und +3 (Zustimmung zum Statement) unter Ausschluß der Antwortverweigerer. Die Daten entstammen einer Repräsentativumfrage, die das Sozialwissenschaftliche Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar/Februar 1980 unter 2071 wahlberechtigten Personen in der Bundesrepublik Deutschland ohne Berlin (West) durchführte.

zu anderen Selbsteinschätzungen der politischen Kompetenz ziemlich schwach entwickelt. Möglicherweise wirken hier noch gewisse obrigkeitstaatliche Einstellungs- und Verhaltensmuster nach, die sich aber mit zunehmender Säkularisierung und zunehmendem Anspruch an Staat und Gesellschaft auflösen. Besonders augenfällig wird dies wiederum bei den Katholiken.

Immerhin glaubt man weit überwiegend, daß die Politiker mehr *Rücksicht auf die Meinung der Bevölkerung* nehmen, wenn sich die Bürger stärker politisch beteiligen (siehe Statement D). Diese Ansicht ist bei Protestanten weiter verbreitet als bei Katholiken, wobei die Stärke der Kirchenbindung in keinen eindeutigen, jedenfalls keinen linearen Zusammenhang mit der Aussage zu bringen ist. Am häufigsten sind einmal mehr die Konfessionslosen von den Einflußmöglichkeiten der Bürger auf die Politiker überzeugt.

Es paßt nach allem bisher Gesagten vollauf ins Bild, daß man den regelmäßigen Gang zur Wahlurne in einer Demokratie noch nicht für ausreichend hält (siehe Statement E). Daß Sinn, Zweck und Notwendigkeit des Urnengangs nicht angezweifelt werden (vgl. Statement F), gehört in der Bundesrepublik Deutschland zum staatsbürgerlichen Allgemeingut. In kaum einem anderen Land ist die Wahlnorm so fest verankert wie hier.

Inwieweit die individuell empfundene politische Kompetenz auch in Aktivität, in Partizipation umgesetzt wird, ist immer noch eine andere Frage. Denkt man aber nur einmal an den Begriff „Bürgerinitiative“, so wird jeder den Eindruck haben, daß das Partizipationspotential in der Bundesrepublik während der letzten zehn bis zwölf Jahre ganz erheblich gewachsen ist, ein Eindruck, der sicherlich nicht unbegründet ist. Dabei sollte man nicht nur an spektakuläre, mit Krawallen verbundene Ereignisse wie beispielsweise die Besetzung von Bauplätzen für Kernkraftwerke denken, sondern eher an die Hunderte und Tausende kleiner, unspektakulärer Initiativen, in denen Bürger Sinn für die *res publicae* entwickeln, wenn auch aus anderen Wurzeln heraus als etwa im Falle der amerikanischen *citizenship*. Folglich ist die Einstellung zur politischen Partizipation des Staatsbürgers, wenn man sie mit dem Begriff der Bürgerinitiative assoziiert, durchweg positiv und aufgeschlossen. Es ist keineswegs herrschende Meinung, daß Leute an solchen Aktionen teilnehmen, nur um persönliche Profilierungsbedürfnisse zu befriedigen (siehe Statement G). Zu diesem Verdacht neigen in moderatem Maße allenfalls noch regelmäßig praktizierende Katholiken. Je geringer allerdings die Kirchgangsfrequenz, desto deutlicher ist die Abneigung gegen eine solche Unterstellung. Am positivsten, wenn man den Inhalt des Statements G einmal anders wendet, äußern sich über Bürgerinitiativen die Befragten ohne religiöses Bekenntnis.

Dies führt durchaus nicht zu einer Verabsolutierung dieser Partizipationsform. Daß man heutzutage dringende politische Probleme nur noch lösen könne, wenn man sich an *Bürgerinitiativen* beteilige (siehe Statement H), möchte höchstens ein knappes Drittel der Befragten behaupten, und auch dies nur halben Herzens. Die Abneigung, Bürger-

initiativen als Allheilmittel für tatsächliche oder vermeintliche Fehlentwicklung anzusehen, verringert sich allerdings mit abnehmender Kirchenbindung, und zwar bei Katholiken eher als bei Protestanten.

Wenn also mit zunehmender Säkularisierung eine Tendenz zur Beschäftigung mit Politik, mit demokratischer Kontrolle und Teilnahme an der politischen Gestaltung der Umwelt sichtbar wird, wie steht es dann mit dem grundsätzlichen Vertrauen in den Staat und die Politiker? Bei praktizierenden Katholiken wie Protestanten ist das *Vertrauen in den Staat* gleichermaßen stark ausgeprägt (siehe Statement I). Je geringer aber die Kirchgangsfrequenz, desto geringer ist das Vertrauen darin, daß der Staat das Richtige für die Bürger tut. Völlig säkularisierte Menschen tendieren gar zu ausgesprochenem Mißtrauen.

Diese Tendenz wird noch deutlicher in den Reaktionen auf die Frage nach der *Zufriedenheit mit dem politischen System*: Befragte ohne religiöses Bekenntnis sind zu 28 Prozent mit der „Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland“, „unseren politischen Parteien“ und „unserem ganzen politischen System“ unzufrieden. Das sind dreimal mehr als im Gesamtdurchschnitt. Bei Katholiken und bei Protestanten beträgt die Rate der Systemunzufriedenen jeweils 8 Prozent.

Die Politiker kommen sogar noch etwas schlechter weg, was das Vertrauen in ihre Berufserfahrung und die Richtigkeit ihrer Entscheidungen betrifft (siehe Statement J). Allerdings drückt sich in der Skepsis gegenüber Politikern auch ein gewisser Realismus aus. Warum sollten sie weniger Fehler machen als andere? Immerhin wird ihnen nur von einer Minderheit Selbstbereicherung, um nicht zu sagen Korruption, unterstellt. Die Mehrheit der Befragten lehnt die zynische Behauptung: „Die Politiker sind alle gleich, sie wirtschaften doch nur in die eigene Tasche“, mehr oder weniger deutlich ab, wobei die Ablehnung bei Befragten ohne Kirchenbindung am häufigsten ist.

Fördert Säkularisierung die Beschäftigung mit Politik?

Verhältnismäßig weit verbreitet ist die Meinung: „Der Staat gibt zu oft den Forderungen der großen Organisationen und Institutionen nach und vernachlässigt dabei die Interessen der Allgemeinheit“ (Statement L). Dieses *Urteil über die Gemeinwohlorientierung des Staates* scheint aber wenig, wenn überhaupt etwas mit Konfession und Kirchenbindung zu tun zu haben. Auch bei einer anderen Frage, nämlich welche Partei man bei seiner Wahlentscheidung bevorzugt – eine, die die individuellen Interessen des Wählers vertritt; die die aktuellen politischen Probleme besser löst; die die besseren Leute zur Wahl stellt oder die die Interessen der Allgemeinheit vertritt –, unterscheiden sich Protestanten und Katholiken nicht. Nur eine politische Minderheit, innerhalb deren der Anteil der Konfessionslosen dann allerdings besonders hoch ist, hat sich in auffallend starkem Maße den allgemeinen Interessen (oder was sie dafür hält) verschrieben, wobei der

Schritt zum imperativen Mandat in der Regel nicht weit ist.

Aufschlußreicher ist die Reaktion auf die Aussage: „Der Staat fordert immer mehr Steuern, ohne daß die Leistungen für den Bürger besser werden“ (Statement M). Generell stimmt eine Mehrheit dieser Behauptung zu und drückt damit eine gewisse Staatsverdrossenheit aus. Wer allerdings von der Korrelation zwischen Konfessionalität und kritisch-engagiertem Demokratieverständnis auf das Maß an Verdrossenheit gegenüber dem Leistungsstaat schließt, würde das Gegenteil von dem erwarten, was die Umfrage zutage fördert, nämlich daß mit rückläufiger Kirchenbindung die Vorwürfe gegenüber dem Staat (relativ) seltener werden.

Die Bedeutung dieses Befundes erschließt sich im Zusammenhang mit einer weiteren Frage, bei der zwei alternative Aussagen vorgelegt wurden: „Es wird schon zuviel für die soziale Sicherheit getan, und die Kosten, die der einzelne zu tragen hat, sind schon zu hoch“, gegenüber: „Es muß noch mehr für die soziale Sicherheit getan werden, auch wenn der einzelne sich an den höheren Kosten noch stärker beteiligen muß.“ Läßt man die Befragten ihre eigene Meinung zwischen diesen beiden Extremen anhand einer Sieben-Punkte-Skala einordnen, so erhält man Anfang 1980 folgende Ergebnisse, bei denen ein Mittelwert über 4 die Tendenz zum weiteren Ausbau des Sozialstaats wiedergibt:

Bevölkerung insgesamt:	4,60
Protestanten insgesamt:	4,64
Kirchgang häufig:	4,40
Kirchgang selten:	4,84
Kirchgang nie:	4,76
Katholiken insgesamt:	4,52
Kirchgang häufig:	4,03
Kirchgang selten:	4,55
Kirchgang nie:	4,93
Konfessionslose:	5,23

Das Bild ist klar: Einer Mehrheit der Bevölkerung erscheinen die Grenzen des Sozialstaats noch nicht erreicht, und mit zunehmender Säkularisierung werden die Ansprüche an diesen Staat stärker, auch wenn dies eventuell persönliche zusätzliche Kostenbeteiligung bedeutet.

Der Wohlfahrtsstaat als Garant letzter Glücksmöglichkeiten

Versucht man hier ein Fazit zu ziehen, so müssen mehrere Gedankenstränge verfolgt werden.

Dies betrifft zunächst die Unterschiede zwischen Protestanten und Katholiken. *Gerhard Schmidchen*, Ordinarius für Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Zürich und vielleicht der Experte auf dem Gebiet der (empirischen) Konfessionssoziologie, versucht einen Erklärungsansatz mit dem Hinweis auf zwei grundverschiedene „Kosmologien“: Transzendenz (Unsterblichkeits- oder Jenseitsglaube) und Diesseitigkeit, wobei er erstere

eher den Katholiken und letztere eher den Protestanten zuordnet; und indem er den Diesseitigkeitsglauben mit dem allumfassenden Wohlfahrtsstaat als Garanten der letzten Glücksmöglichkeiten in Zusammenhang bringt, glaubt er die höhere Attraktivität der Sozialdemokraten für die Protestanten begründen zu können. (Vgl. sein Buch „Protestanten und Katholiken“, Bern und München 1973, S. 326 ff.)

Daran mag einiges zweifelhaft sein: Einmal trifft die protestantische, d. h. calvinistische Ethik (Max Weber) nicht auf alle zu, die oberflächlich unter Protestantismus subsumiert werden. Das Luthertum war beispielsweise in hohem Maße verantwortlich für das Entstehen einer ergebnen Industriearbeiterschaft. Zum anderen bleibt der Einfluß der Kirchen, insbesondere der katholischen Kirche, auf die Ausprägung von Parteiidentifikationen ungenügend berücksichtigt.

Aber wie auch immer: Festzustellen ist, daß sich Protestanten und Katholiken in ihrer Haltung zu Politik und Staat nicht so erheblich unterscheiden, wie man unterstellen möchte, zumindest heute nicht mehr. Außerdem erscheinen die Unterschiede zwischen praktizierenden und nicht-praktizierenden Protestanten hinsichtlich mancher Facetten des Politikverständnisses nicht sehr gravierend. Für Katholiken dagegen bedeutet geringere Kirchgangshäufigkeit einen stärkeren Schritt in Richtung auf Säkularisation der Glücksbedürfnisse.

In der fortschreitenden Säkularisation sieht der Kölner Politikwissenschaftler *Ulrich Matz* die grundlegenden Wandlungen und damit den Wandel in den Staatszielvorstellungen begründet: „In dem Maße, in dem Religion ihre integrative, Motivationen und Energien bindende Kraft verliert, suchen die religiösen Bedürfnisse ihr Feld der Befriedigung im diesseitigen Bereich, für den die Politik allein zuständig ist. Die Politik reagiert auf diese Entwicklung: die politische Theorie säkularisiert das religiöse Erlösungsmotiv und konvertiert das Ziel menschlichen Heils zu einer politisch zu lösenden Aufgabe“ (*Ulrich Matz*, *Der überforderte Staat: Zur Problematik der heute wirksamen Staatszielvorstellungen*, in: *Wilhelm Hennis* u. a. [Hrsg.], *Regierbarkeit – Studien zu ihrer Problematik*, Bd. I, Stuttgart 1977, S. 88.)

Was nun freilich Ursache, was Wirkung oder gar nur Begleitumstand ist, läßt sich nur schwer ausmachen. Denkbar ist, daß der moderne Staat und seine Leistungsverwaltung, dank der wirtschaftlichen Kraft der Industriegesellschaft, die Säkularisierung seiner Bürger fördert. Transzendente Werte, Erlösungsmotive erscheinen nicht notwendig. Der Staat vermittelt den Eindruck, daß Glückserwartungen im Diesseits ohne wesentliche Probleme erfüllbar sind, was unweigerlich zu einer weiteren Steigerung der Ansprüche führt, solange die Leistungsgrenzen noch nicht drastisch und massiv erreicht sind. Die Kehrseite allerdings ist: Staat und Verwaltung binden den Bürger in ein Korsett von selbstgeschaffenen Anspruchsgrundlagen ein, deren Inflation einerseits weitere Steuerungsmaßnahmen mit entsprechendem Ausbau des bürokratischen Regelungsappa-

rates notwendig macht und die andererseits dem Bürger mit der Notwendigkeit auch die Befähigung nehmen, für sich selbst zu sorgen oder, je nachdem, gemeinsame Angelegenheiten gemeinsam zu regeln. Statt dessen wird er geregelt.

Es scheint, daß in dieser Beziehung für eine Minderheit die Grenzen des Erträglichen bereits sichtbar werden. Und vielleicht haben zwei Phänomene hier ihren gemeinsamen Ursprung: bei einem Teil der Jugend ein *Aussteigen aus dem gewohnten Parteiensystem* und Hinwendung zur Basisdemokratie der Grünen-Bunten-Alternativen mit manchen romantisch-utopischen Rückfällen; bei einem anderen Teil der Jugend eine *neue Religiosität*, bei der die Jugendsekten mit fernöstlichen Pseudophilosophien die

fehlgeleitete Variante und der neuerdings festzustellende regere Besuch der Kirchentage die erfreuliche Variante darstellen.

Wolfgang W. Veiders

Literatur:

Martin und Sylvia Greiffenhagen: Ein schwieriges Vaterland – Zur Politischen Kultur Deutschlands, München 1979.

Wilhelm Hennis, Peter Graf Kielmannsegg, Ulrich Matz (Hrsg.): Regierbarkeit – Studien zu ihrer Problematisierung, Bd. I, Stuttgart 1977.

Dieter Oberndörfer: Konfession, Sozialstruktur und Wahlverhalten – Bundesweite Trends und regionale Unterschiede; in: Herder-Korrespondenz, 33. Jahrgang, Heft 6, Juni 1979, S. 289–294.

Säkularisation und Utopie, Ebracher Studien – Festschrift für Ernst Forsthoff zum 65. Geburtstag, Stuttgart – Berlin – Köln – Mainz 1967.

Gerhard Schmidtchen: Protestanten und Katholiken – Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern – München 1973.

Gerhard Schmidtchen: Was den Deutschen heilig ist – Religiöse und politische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland, München 1979.

Brennpunkte

Familie: ein Berg von Problemen

Anmerkungen zur beginnenden römischen Bischofssynode

Die Familie befindet sich im Schnittpunkt vieler gesellschaftlicher Veränderungen. Ob sich die Wirtschaftsstruktur eines Landes wandelt, ob die Rechtsverhältnisse sich ändern, ob Kulturen sich umformen oder auflösen, ob das Wertempfinden oder der Lebensstil einer Bevölkerung Verwandlungen unterliegt oder nach neuen Bewußtseins- und Ausdrucksformen sucht: alles wirkt auf die Familie, ihre Lebensgewohnheiten, ihren inneren Zusammenhalt, ihre privaten und öffentlichen Funktionen ein, verändert sie und wirkt über die Familie verändernd auf die Gesellschaft zurück. Die Familie ist somit nicht nur naturwüchsiger Mittelpunkt, „erste Zelle“ der Gesellschaft; sie ist auch Seismograph für kulturelle Umschichtungen mit Tiefenwirkung. Wenn sich das Familienleben nach innen und außen in einem markanten Wandel befindet – das ist gegenwärtig zweifellos der Fall –, dann ist das auch ein Zeichen dafür, daß die Gesamtgesellschaft in gründlicher Umformung begriffen ist. Umgekehrt ist kein gesellschaftliches Gebilde – weil eben in den eigenen Aufgaben und Daseinsformen sehr abhängig von dem, was sich in anderen Gesellschaftsbereichen ereignet – so sehr wie die Familie Veränderungen ausgesetzt, die ihre Ursachen außerhalb seiner selbst haben.

Probleme

Wenn dieser Tage die römische Bischofssynode auf ihrer fünften Generalversammlung die Beratungen über „Die

Aufgaben der christlichen Familie in der Welt von heute“ aufnimmt, steht sie vor einem Berg von Problemen. Diese beginnen schon damit, daß im Verhältnis zur Wichtigkeit des Themas selbst in Ländern mit hoher Zivilisation und breiter Verfügbarkeit wissenschaftlicher Instrumentarien *wenig gesicherte Daten*, a. über die Binnenverhältnisse der Familie und die Art der Wahrnehmung ihrer Funktionen und b. ihre gesellschaftliche Leistungsfähigkeit über die ihr zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen hinaus, in der Erziehung, in der kulturellen Ausstattung ihrer Mitglieder, bei der Stabilisierung der Gesellschaft, vorliegen. Auch wenn sich alle darüber einig sind, daß die Familie tragender Pfeiler menschlichen Zusammenlebens und *grundlegende Instanz der Vergesellschaftung* ist, so ist doch vielfach unklar, nicht so sehr, was die Familie für den einzelnen und für ein menschenwürdiges „Funktionieren“ auch des staatlich verfaßten Gemeinwesens bedeutet, sondern wie sie die ihr gestellten Aufgaben auch wirklich erfüllen kann. Wieweit unter den vielfach auch in der Familie selbst stark individualisierten Lebensverhältnissen emotionale Werte tatsächlich vermittelt werden, was die Familie angesichts starker formeller, aber vor allem vielfältiger informeller Konkurrenzen erzieherisch aus sich heraus zu leisten vermag, das zuverlässig zu messen und darüber zu nicht nur gefühlsmäßig begründeten Aussagen zu kommen, ist alles andere als einfach.

Man kennt die statistischen „Eckdaten“, die Umfrageergebnisse bei Jugendlichen und Erwachsenen über die Einschätzung von Ehe und Familie, über die Entwicklung